

Stellungnahme Ladina Kirchen zum Chun Hee

Ich hätte in der Sache Sache Chun-Hee anders entschieden und zwar aus folgenden Überlegungen.

- Gemäss Bewilligungsentscheid nahm der Gastrobetrieb im Baubewilligungsverfahren weder Stellung zu den Einsprachen noch wurde eine erste Einigungsverhandlung unter den Parteien durchgeführt. Damit beschwor die zuständige Behörde einen Weiterzug des positiven Bewilligungsentscheides durch die Einsprecher an die kantonale Instanz geradezu herauf.
- Ich hätte das Verfahren als Cheflnnsache behandelt im Wissen, dass das Nachtleben in der Berner Innenstadt eine emotionsträchtige Angelegenheit ist, bei der man möglichst alle Beteiligten frühzeitig und direkt einbinden muss. Dies bedingt unter anderem auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, damit klar ist, welche politische Haltung und Wünsche er in Bezug auf den konkreten Standort hat.
- In einer ersten Einigungsverhandlung hätte ich den Parteien den Sachverhalt klar vermittelt und ihnen eine rechtliche Einschätzung unterbreitet. Insbesondere hätte ich das Gastrounernehmen auf die wie ein Damoklesschwert über dem Verfahren lastende Lärmproblematik aufmerksam gemacht. Bekanntlich liegt die Münsterergasse in einer reinen Wohnzone mit der entsprechenden Lärmempfindlichkeitsstufe II. Ich hätte mit den Parteien mit Vehemenz eine einvernehmliche Lösung gesucht und auch vorgeschlagen. In diesem Verfahrenszeitpunkt besteht die grösste Wahrscheinlichkeit einer gütlichen Einigung unter den Parteien.
- Ich hätte eine Stellungnahme des Gemeinderats eingeholt und dessen politische Absichten in den Entscheid einfliessen lassen.
- Das vom Kanton angeordnete Lärmgutachten hätte ich nicht als Basis zur Begründung des negativen Entscheids verwendet, sondern als Ausgangslage für einen erneuten Vermittlungsversuch an einem Runden Tisch. Bei dieser Gelegenheit hätte man im Wissen um den noch vorhandenen Ermessensspielraum Kompromisse suchen und aufzeigen können.
- Eine Variante wäre die Durchführung eines Pilotversuchs gewesen – ähnlich wie er in der Aarberggasse stattgefunden hat. Damit hätte ich auf eine einheitliche Regelung der Problematik in der Münsterergasse gedrängt. Dies hätte in enger Absprache mit dem Gemeinderat erfolgen müssen.

Ich glaube mit diesen Schritten und Massnahmen hätte sich das Gastrounernehmen weiterführen lassen unter Berücksichtigung der berechtigten Anliegen der AnwohnerInnen.